

Stellungnahme von GLH und SPD zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gänshirt,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Gäste!

Zuallererst wollen wir feststellen, dass die Fraktionen von SPD und GLH dem Nachtragshaushalt und dem Satzungsbeschluss des Eigenbetriebs Wasserversorgung 2020 zustimmen.

Als von Christian Würz der Vorschlag kam, zu der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2020 eine gemeinsame Erklärung abzugeben, haben wir dies begrüßt.

Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche greifen, also gibt es auch nichts zu verteilen und demnach auch nichts zum Streiten. So dachten wir.

Die Frage, ob wir als stärkste Fraktion Anspruch auf die gemeinsame Erklärung haben, wollten wir nicht zur Machtfrage hochstilisieren. So erschien es uns sinnvoller, dass jeder für sich spricht oder gemeinsam mit jener Fraktion, zu der man die größte Schnittmenge hat.

Diese Haushaltsrede ist daher eine gemeinsame Stellungnahme von GLH und SPD.

Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren müssen wir eine Haushaltssperre durch einen Nachtragshaushalt beenden. Steuerausfälle erfordern eine Haushaltssperre und zwingen uns zu einer Nachtragshaushaltssatzung. Am 24. März vom Bürgermeister verfügt, am 28. April durch den Gemeinderat bestätigt, gilt es heute am 29. Juli 2020, den Nachtragshaushalt zu verabschieden, damit wir wieder handlungsfähig werden.

Wir können nicht alles auf Corona schieben. Die finanzielle Schieflage trat schon vorher ein. Die optimistischen Töne, die bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts im letzten Jahr zu hören waren, haben sich nicht erfüllt.

Schon der gesunde Menschenverstand sagt: Die Erschließung von Neubaugebieten und die Erweiterung von Gewerbeflächen sind keine Allheilmittel, um vor Krisen sicher zu sein. Bevor diese Maßnahmen Geld in die Kasse spülen, muss ich erst einmal Geld in die Hand nehmen, damit ich bekomme, was ich will. Und wenn ich es habe, muss ich es pflegen und warten, und das kostet Unterhaltungsgeld. Insofern sind Grund- und Gewerbesteuer keine Vermögenswerte, sondern notwendige Investitionsmittel, um den Laden instand- und am Laufen zu halten. Dass die Gewerbesteuer eine schwankende und unzuverlässige Geldquelle ist, haben wir schon erfahren.

Bevor wir uns über eine maßvolle Erweiterung des Gewerbegebietes unterhalten, wollen wir definiert wissen, welche Qualität von Gewerbe sich dort ansiedeln soll. Eine Lagerhalle mit einem Staplerfahrer nimmt Platz weg und schafft keine Arbeitsplätze.

„Gewerbeerweiterung ohne weitere Gewerbeflächenerschließung“ war das Motto von Christoph Kiefer, als er sich um ein Gemeinderatsmandat bewarb. Die Idee ist gut.

Junge Leute mit trendigen Startup- Unternehmen, die nicht nur ihre Loft, sondern auch den Großrechner und Drucker gemeinsam nutzen. Sie gibt es, sie schaffen Arbeitsplätze und generieren Steuereinnahmen. Wenn ich sie im Ort platziere, beleben sie die Mitte und beflügeln die Ansiedelung weiterer Gewerbe. Denn es sind die Gewerbetreibenden und Mittelstandsbetriebe im Ort, die uns gesicherte Steuereinnahmen gewährleisten.

Unsere Haushaltssituation wurde durch Corona verschärft. Weltweit kämpfen Industriezweige ums Überleben. In Deutschland sind hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet. Es wird Jahre dauern, bis sich die Lage wieder normalisiert. Bundesweit rechnet das Ifo-Institut beim Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit einem Minus von 6,7 Prozent, der Bund plant mit Rekordschulden von 218,5 Milliarden Euro. Unsere heutige Jugend wird auf Jahrzehnte diese Last zu tragen haben.

Niemand wird bestreiten, dass wir uns als Gemeinde zusammen mit vielen anderen Städten und Gemeinden heute und in Zukunft in einer schwierigen finanziellen Lage befinden werden – selbst wenn Hilfen des Bundes und des Landes zur Abfederung der Krise bei uns ankommen. Die Lage erfordert Umsicht und Weitsicht schon aus Verantwortung für künftige Generationen.

Die Ausfälle bei der Musikschule, Volkshochschule und des ÖPNV mit Mehraufwendungen von 125.000 Euro und die Mindereinnahmen bei den Elternbeiträgen und Gebühren von 244.000 Euro führen zu einer Mehrbelastung von 369.000 Euro.

Bei der Gewerbesteuer hatten wir mit der Hebesatz-Erhöhung Anfang März einen Ansatz von 4,6 Millionen Euro eingeplant. Durch den Einbruch der Gewerbesteuer haben wir 1,8 Millionen Euro weniger in der Kasse. Auch beim ursprünglichen Ansatz von 7,8 Millionen Euro bei der Einkommenssteuer verbuchen wir 833.000 Euro weniger.

Da gibt es wenig zu diskutieren, da ist der Spielraum begrenzt.

Trotz erhöhter Steuersätze ergeben sich gegenüber der Oktober-Steuerschätzung 2019 für das Jahr 2020 Mindereinnahmen bei den Steuern von 2,6 Millionen Euro und beim Kommunalen Finanzausgleich von 1 Million Euro.

4,7 Millionen Euro hatten wir für Investitionsausgaben eingeplant. Im Nachtragshaushalt sind 1,9 Millionen Euro weniger vorgesehen.

980.000 Euro an Mittel für den Kindergarten in Leutershausen werden in die Folgejahre verschoben, die Durchwegung „Im Eck“ und die Wegeverbindung zwischen Haltestelle Großsachsen-Süd und Friedhof werden auf 2021 verschoben.

Die Finanzlage wird schlechter, nicht nur für 2020, sondern auch für die Folgejahre. Bund und Land werden dies nicht vollständig kompensieren. Erst die außerordentliche Steuerschätzung im September wird volle Klarheit über die Finanzen auch in unserer Gemeinde bringen.

Rasch und unbürokratisch hat die Landesregierung bereits im Juni Soforthilfen in Höhe von 200 Millionen Euro für die Kommunen beschlossen. Elternbeiträge für Kindertagesstätten, Kindergärten und andere Betreuungseinrichtungen wurden kompensiert, Volkshochschulen und soziale Dienste unterstützt. Weitere 317 Millionen Euro wurden bereitgestellt, um den

öffentlichen Nahverkehr zu unterstützen, nicht genutzte Schülertickets auszugleichen und bedürftige Schüler mit digitalen Endgeräten auszustatten.

Um die wegbrechenden kommunalen Steuereinnahmen wie die Gewerbesteuer zu kompensieren und die Liquidität der Kommunen sicher zu stellen, wurden die Schlüsselzuweisungen und die Kommunale Investitionspauschale bei der Teilzahlung vom 10. Juni 2020 weiterhin auf Basis des Haushaltsansatzes 2020, basierend auf der Steuerschätzung vom November 2019, und eben nicht auf Grundlage der Maisteuerprognosen, bemessen.

Was heißt das konkret für die Kommunen und speziell für Hirschberg?

Das Land Baden-Württemberg greift seinen Städten und Kommunen mit 2,88 Milliarden Euro unter die Arme. Rechnet man die Bundesmittel von 1,39 Milliarden Euro dazu, ergibt sich ein Gesamtvolumen von 4,27 Milliarden Euro.

Folgende Unterstützungen werden daraus finanziert: 130 Millionen Euro für die kommunalen Krankenhäuser, 17 Millionen Euro für die Gesundheitsämter, auch, um für eine zweite Welle gewappnet zu sein, 47 Millionen Euro für Schutzmaterial, 50 Millionen Euro für wegfallende Kita-Elternbeiträge, davon 6,7 Millionen Euro für die Volkshochschulen.

Mit 237 Millionen Euro werden die Ausfälle im öffentlichen Nahverkehr unterstützt.

Den Kommunen in Baden-Württemberg fehlen schon jetzt 4,6 Milliarden Euro. 40 Prozent der kommunalen Einnahmen stammen aus Steuern wie z.B. Gewerbe-, Grund- und Einkommenssteuer. Die Finanzaufweisungen des Landes machen ebenfalls 40 Prozent aus. Die restlichen 20 Prozent erwirtschaften sich aus Gebühren und Beiträgen.

Mit jeweils 1,04 Milliarden Euro aus Bund- und Landesmitteln werden die ausfallenden Gewerbesteuern ausgeglichen. Die Finanzaufweisungen des Landes werden auf Basis des Vor-Corona-Niveaus finanziert.

Für die Kommunen sind das 517 Millionen Euro mehr für das erste Halbjahr 2020, als es auf der Basis der Steuerprognosen der Fall wäre.

Für Hirschberg wären dies nach der fiktiven Berechnung der Maisteuerschätzung 2020 1.164.000 Million Euro gewesen, die tatsächliche Auszahlung betrug jedoch zum 10. Juni 2020 auf Basis des Staatshaushaltsplans 2020/21 und unter Beibehaltung der bisherigen Kopfbeiträge 1.488.000 Million Euro, das sind in Summe 324.000 Euro mehr.

Mit dieser Ausgangslage stehen wir jetzt vor der Herausforderung, daraus sinnvolle Kommunalpolitik zu gestalten. Wie gehen wir vor?

Trotz der Unterstützung von Land und Bund werden die Löcher nicht gestopft. Die durch die Pandemie bedingten Steuerausfälle treffen ein Land wie Baden-Württemberg härter als seine Kommunen. Die Unterstützung an die Kommunen ist eine Chance, den Konjunkturmotor wieder neu zu starten. Und damit ist unsere Kreativität als Gemeinde gefordert. Wir müssen nicht nur unserer Haushaltskasse auf die Beine helfen, sondern auch unserer regionalen und lokalen Wirtschaft, unserem Mittelstand, unseren Handwerkern und Familienbetrieben.

Maßvoll, machbar, geboten und vernünftig , ökologisch und zukunftsweisend sowie sozial.

Das sind die Kriterien, die sich aus der Situation ergeben. Sie gilt es mit Leben zu füllen.

Was bedeutet maßvoll, machbar, geboten und vernünftig?

In Zeiten finanzieller Krisen ist ausschließlich Sparen der falsche Weg; wer klamm ist, kommt damit auf keinen grünen Zweig. Was man hat, muss man erhalten, warten und pflegen. Niemand kann sich auf seinem Besitz ausruhen; Eigentum will unterhalten werden.

Wir investieren in alle notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen wie Straßen, Kanalisation, und gemeindeeigenen Gebäuden, wir investieren in Ortsentwicklung, Spielplätze und Ähnliches, wir investieren in notwendige Zukunftsprojekte wie die überfällige Sanierung der Hallen. Beim Investitionsplan Sportstätten hat der Bund von 110 Millionen auf 260 Millionen Euro aufgestockt. Diese Mittel gilt es zu nutzen, bevor der Markt verlaufen ist.

Wenn der im Bau befindliche Kindergarten in Leutershausen mit 8 Millionen Euro abgewickelt ist, atmen wir alle kräftig durch. Das war mal günstiger gedacht.

Klar, wir schaffen einen Gegenwert in Form einer Immobilie, die über Fördermaßnahmen des Landes mitfinanziert wird. Kaufen und Bauen schafft immer Gegenwerte. Doch ich überlege mir auch, ob ich einen Porsche brauche oder eine Villa mit Pool. Vielleicht geht es auch eine Nummer kleiner, solange mein Bedarf damit gedeckt ist.

Das Gebot der Verhältnismäßigkeit wird mitnichten außer Kraft gesetzt, nur weil man durch einen Kauf einen Gegenwert erhält. Denn das Geld ist weg und steht nicht für etwas anderes zur Verfügung.

Und Fördermittel sind keine Geldgeschenke des Landes, die es abzugreifen gilt. Es sind Steuergelder; und auch ich als Hirschberger habe diese Gelder mit meinem Geldbeutel finanziert.

Fakt ist, dass die Kosten für dieses Projekt und die Kredite, die dafür aufgenommen werden müssen, den Haushalt nun in der aktuellen Situation auf Jahre für andere wichtige Themen blockieren.

Dennoch ist es wichtig und richtig ist, überschaubare Sanierungsarbeiten im Nachtragshaushalt zu belassen. Die Sanitärräume im Sportzentrum müssen saniert werden, Klassenzimmern müssen ordentlich hergerichtet werden. Die finanzielle Situation wird in den nächsten Jahren nicht besser, solche Arbeiten müssen kontinuierlich miterledigt werden. Wir sind zu arm, um Notwendiges nicht zu tun, weil uns ein Hinausschieben am Ende teuer zu stehen kommt.

Auch an die Erstellung eines Leerstandskatasters müssen wir endlich ran, zumal die Hälfte der Kosten über Fördermittel gedeckt werden kann. Und wenn wir das Kataster haben, müssen wir darüber nachdenken, was wir damit machen. Es ist nicht für die Schublade gemacht, sondern dafür gedacht, der Ortskernentwicklung zuzuarbeiten.

Vieles, was nun dem Rotstift zum Opfer fällt, müssen wir 2021 erneut diskutieren. Die Investitionen der Kindergärten oder die OEG-Anbindung des Friedhofs Großsachsen wurden geschoben. Die alte Villa zum Beispiel taucht auch mittelfristig überhaupt nicht auf. Was

dort kaputt geht, wird auf Dauer nicht besser, nur teurer. Diese auch für die Vereine wichtige Begegnungsstätte muss bald saniert werden.

Was bedeutet ökologisch und zukunftsweisend?

Klimaschutz und Digitalisierung sind die großen Themen der Zukunft. Sie werden von Bund und Land gefördert. Klimaschutz war bereits vor Corona das beherrschende Thema weltweit. Auch hinsichtlich der Digitalisierung hat die Pandemie Mängel aufgezeigt. Arbeiten wurden im Homeoffice getätigt, die Vorlesungen an Universitäten, der Unterricht an Schulen, Behördengänge und sogar Arztbesuche wurden über das Internet getätigt. Dies hat während der Krise der letzten Monate gezeigt, wie wichtig Digitalisierung heute für eine moderne Gesellschaft geworden ist. Voraussetzung ist jedoch überall die entsprechende Infrastruktur, Geräte müssen vorhanden sein, Betroffene müssen ausgebildet werden. Hier hapert es noch.

Insofern ist es erfreulich, dass Bund und Land ein umfangreiches Paket geschnürt haben.

Für die beiden Hirschberger Schulen heißt das, dass sie aus Landes- und Bundesmitteln insgesamt 34.000 Euro für die Beschaffung mobiler Endgeräte und Fern-Lern-Software bekommen. Deshalb war es richtig, die Stelle für Digitalisierung und die Mittel für die Schaffung der Grundstrukturen in den Schulen sowie die Beschaffung mobiler Endgeräte im Nachtragshaushalt zu belassen. Dadurch konnten jetzt auch die Fördermittel abgerufen werden.

Damit ist die Kuh noch nicht vom Eis. Natürlich kommt jetzt auf uns und auf die Lehrerschaft die Frage zu, wie die Mittel eingesetzt werden, wer sie installiert und wartet, wer wie geschult wird. Das diese Herausforderung kommt, war doch jedem klar.

Und last but not least – was bedeutet sozial?

Der Sozialpass ermöglicht sozial Schwachen eine Teilhabe an der Kultur, die Sozialstaffelung der Kindergartengebühren entlastet Alleinerziehende und Geringverdiener. Das sind die Themen, für die SPD und GLH seit Jahren kämpfen.

Bislang wurden alle diese Vorschläge durch die Mehrheit der anderen Fraktionen blockiert. Es zeigt eine soziale Kälte, die einer Gemeinde wie Hirschberg unwürdig ist.

Der momentane Verlust an Macht entfaltet ein Beleidigtsein, das sich dem Dialog verweigert.

Sozial heißt nicht, für widerrechtlich errichtete oder widerrechtlich neu beantragte Swimmingpools zu kämpfen. Freundschaftsdienste bei Nachtragsgenehmigungen widerrechtlich erstellter Bauten schaffen keinen sozialen Frieden, sie erregen Unmut.

Die Tatsache, dass die Fraktionen der Freien Wähler, CDU und FDP sich den Anträgen zur Erweiterung der Schulsozialarbeit angeschlossen und auch den Sozialen Wohnungsbau für sich entdeckt haben und diesbezügliche Maßnahmen fordern, begrüßen wir dagegen. Das kann ein guter Anfang sein.

Uns geht es nicht darum, Schaufensteranträge zum sozialen Wohnungsbau zu stellen. Wer sozialen Wohnungsbau will, muss wissen, was er damit meint. In einem kleinteiligen Neubaugebiet 10 Prozent dafür auszuweisen, ohne die Optionen zu klären, beruhigt

vielleicht das soziale Gewissen; sozialer Wohnungsbau sieht anders aus. Bei der Festlegung der Modalitäten werden wir sehen, wer wirklich für sozialen Wohnungsbau steht.

Von den Auswirkungen der Pandemie, das ist die Meinung aller Wirtschaftsexperten, werden große Teile der Bevölkerung betroffen sein. Arbeitslosigkeit und Armut werden in unserem Land steigen. Es ist utopisch anzunehmen, dass Hirschberg vollständig davon verschont bleiben wird. Umso wichtiger ist es, aufbauend auf dem Sozialbericht nun so schnell es geht die von uns beantragte Zukunftswerkstatt beginnen zu lassen.

Im vergangenen Jahr lautete der letzte Satz der Beschlussvorlage zum Nachtragshaushalt: „Bereits heute ist absehbar, dass es größter Anstrengung von Verwaltung und Gemeinderat bedarf, diese finanziellen Engpässe vor dem Hintergrund der anstehenden Großprojekte zu meistern.“ Daran hat sich nichts geändert. Es bleibt unsere Aufgabe vor dem Hintergrund der aktuellen Krise und unter Wahrung der oben genannten Kriterien - maßvoll, ökologisch und sozial – im Sinne unserer Bürger daran zu arbeiten.

Ich komme zum Schluss.

Diese Haushaltsrede ist eine gemeinsame Erklärung von SPD und GLH. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben.

Wir danken Frau Richter, Frau Keil und allen, die in der Verwaltung an der Erstellung des Nachtragshaushalts beteiligt waren, für die gute und professionelle Aufstellung des Haushaltes in schwierigen Zeiten.

Karlheinz Treiber